

96.027

**GPK-NR/SR.
Tätigkeit 1995. Bericht
CdG-CN/CE.
Activités 1995. Rapport**

Beschluss des Nationalrates vom 13. Juni 1996
Décision du Conseil national du 13 juin 1996

Seiler Bernhard (V, SH) unterbreitet im Namen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Die Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte prüfen die Tätigkeit der Regierung, der Verwaltung und der eidgenössischen Gerichte. Sie nehmen diese Aufgabe wahr nach den Grundsätzen der Rechtmässigkeit und der Zweckmässigkeit des Verwaltungshandelns, der Leistungsfähigkeit der Verwaltung und der Wirksamkeit staatlichen Handelns (Leitbild der Geschäftsprüfungskommissionen vom 7. und 21. November 1995).

Die Kommissionen orientieren Sie über ihre Tätigkeit im Jahre 1995 und beantragen Ihnen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Jahre 1995 hielten die Kommissionen 113 Sitzungen ab: Davon galten je 42 Sitzungen der Geschäftsprüfung und der Inspektionstätigkeit. Die übrigen Sitzungen wurden für das jährliche Seminar der Kommissionen, das SBB- und PTT-Seminar, das gemeinsam mit Mitgliedern der Finanzkommissionen stattfindet, sowie für Dienststellenbesuche eingesetzt. Dazu kamen die regelmässigen Sitzungen der Koordinationsgruppe, der Sektionspräsidenten der nationalrätlichen Kommissionen sowie der Delegation der Geschäftsprüfungskommissionen. Die Plenarsitzungen der Kommissionen finden vierteljährlich statt.

Die Arbeit der Geschäftsprüfungskommissionen wird in erster Linie durch ihre Sektionen, durch die Delegation und durch ad hoc zusammengesetzte Arbeitsgruppen ausgeführt.

Diese Gremien erfüllen ihre Aufgaben in den folgenden Formen:

1. Geschäftsbericht

Die Kommissionen forderten den Bundesrat wiederholt auf, operationalisierte Ziele der Departemente zu unterbreiten, die der Prüfung des Geschäftsberichtes zugrunde gelegt werden können.

Eine Arbeitsgruppe beider Geschäftsprüfungskommissionen arbeitete 1994/95 mit dem Bundeskanzler konkrete Vorschläge aus, denen der Bundesrat im Februar 1996 mehrheitlich zustimmte.

Ab 1996 wird der Bundesrat die Schwerpunkte seiner Politik im laufenden Jahr in einer Jahresplanung darlegen. Sie ist Bestandteil einer neuen Geschäftsberichterstattung und soll dem Parlament die Möglichkeit geben, besser als bisher zu überprüfen, inwiefern der Bundesrat seine Ziele erfüllt hat oder warum er sie nicht erfüllt hat. Die Jahresplanung stellt auch die Grundlage für eine mündliche Standortbestimmung des Bundespräsidenten oder der Bundespräsidentin in der Winteression dar. Sie wird für das folgende Jahr jeweils im November des Vorjahres verabschiedet.

Der bisherige Teil II des Geschäftsberichtes (Berichterstattung der Departemente) wird in Zukunft in knapper Form einen Soll-Ist-Vergleich der Departementsziele enthalten.

Im Sinne einer Übergangslösung und aus praktischen Gründen – z. T. sind die Jahresziele in den Departementen noch nicht definiert – verzichteten die Geschäftsprüfungskommissionen 1995 auf diesen Teil.

2. Inspektionen

2.1 Abgeschlossene Inspektionen

2.1.1 Telefonüberwachung

In ihrem Inspektionsbericht vom 9. November 1992 zur Telefonüberwachung im Bund gelangte die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates u. a. zum Schluss, dass die parlamentarische Oberaufsicht über die Telefonabhörung verstärkt werden muss. Dies in Ergänzung zur bestehenden richterlichen Kontrolle und einer allfälligen verwaltungsinternen Aufsicht. Ihre entsprechende Motion vom 24. Mai 1993 (93.3205, «Telefonüberwachung») wurde von den Räten überwiesen (Nationalrat: 16. Juni 1993, AB 1993 N 1232; Ständerat: 9. Dezember 1993, AB 1993 S 973).

Die Frage der Oberaufsicht wurde in der Motion nicht erwähnt, weil der Verlauf der Gesetzgebungsarbeiten abgewartet werden sollte.

Die Arbeitsgruppe Telefonabhörung suchte mit einer Studiengruppe des EJPD eine Lösung im Sinne der Motion der Geschäftsprüfungskommission. Eine Einigung konnte nicht gefunden werden.

Angesichts der Beratungen des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (Art. 12a des Gesetzesentwurfes betreffend die Informationsbeschaffung, wie z. B. die vorbeugende Telefonüberwachung, in der Fassung des Ständerates) und der in diesem Zusammenhang stattfindenden Diskussion beschloss die Koordinationsgruppe der Geschäftsprüfungskommissionen im Rahmen ihres Jahresprogramms 1996, die Arbeitsgruppe aufzuheben.

2.1.2 Rolle und Funktion der Generalsekretariate

Die Geschäftsprüfungskommissionen prüften im Rahmen einer Inspektion die Rolle und die Funktionen der Generalsekretariate aller Departemente. Sie gingen insbesondere der Frage nach, ob diese den bei der Revision des Verwaltungsorganisationsgesetzes (VwOG) gewollten Zielsetzungen des Gesetzgebers entsprechen. Diese Revision des VwOG vom 19. September 1978 hatte zum Ziel, dem Bundesrat den Weg zu wirksamem Handeln zu ebnen und das Kollegialsystem zu stärken.

Die Kommissionen haben den Inspektionsbericht am 7. April (GPK-SR) und am 23. Mai 1995 (GPK-NR) verabschiedet und an den Bundesrat überwiesen.

2.1.3 Die ausserparlamentarische Gesetzgebung im Rahmen der beruflichen Vorsorge

Die Anwendungsbestimmungen zum Bundesgesetz vom 25. Juni 1983 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge sind in 15 Rechtsverordnungen und in 2 Reglementen festgelegt. Weitere 9 Verwaltungsverordnungen regeln die Verwaltungspraxis. Angesichts dieser Häufung von ausserparlamentarischen Erlassen wollte die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates wissen, ob der Bundesrat und die Verwaltung bei der Wahrnehmung ihrer Rechtsbefugnisse die politischen Zielsetzungen des Parlamentes auf dem Gebiet der beruflichen Vorsorge befolgt haben.

Die Parlamentarische Verwaltungskontrollstelle führte eine Evaluation der ausserparlamentarischen Rechtserlasse im Rahmen der beruflichen Vorsorge durch.

Ihre Schlussfolgerungen hielt die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates im Inspektionsbericht vom 7. April 1995 fest.

2.1.4 Osteuropahilfe

Das Parlament sprach seit 1989 Rahmenkredite im Betrag von 1,65 Milliarden Franken für die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas. Damit legte es die Basis für den Aufbau einer bilateralen technischen und finanziellen Unterstützung der östlichen Reformländer.

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates prüfte die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas sowie die Vollzugstauglichkeit der gegenwärtigen Verwaltungsorganisation. Sie beauftragte die Parlamentarische Verwaltungskontrollstelle insbesondere, den Projektvollzug beim Bundesamt für Aussenwirtschaft sowie beim Büro für Zusammenarbeit mit Ost- und Mitteleuropa (heute: Abteilung für die Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS) zu evaluieren. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates verabschiedete den Schlussbericht am 20. November 1995.

2.15 Eidgenössische Volkszählung

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates führte eine Inspektion über die Ziele und die Aufgaben der Volkszählung durch. Angesichts der hohen Kosten der letzten Volkszählung (1990), der sinkenden Akzeptanz und des Vorliegens von Alternativen wollte die Kommission im Hinblick auf die vom Bundesrat für das Jahr 2000 bereits geplante nächste Volkszählung offene Fragen klären.

Im Rahmen dieser Inspektion beauftragte die Kommission die Parlamentarische Verwaltungskontrolstelle, eine Evaluation durchzuführen, die eine Überprüfung des Informationsauftrages und der Zweckmässigkeit der angewandten Erhebungsmethode beinhaltet.

Der Schlussbericht der Kommission wurde am 21. November 1995 verabschiedet und an den Bundesrat überwiesen.

2.16 «Bahn 2000»

Im Anschluss an die Beratungen des Ständerates über die erste Etappe von «Bahn 2000» beschloss die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates am 17. November 1994, die Verantwortlichkeiten der einzelnen Stellen und Personen zu untersuchen, und setzte eine Arbeitsgruppe ein. Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, stimmte sie einer Aufteilung der Arbeit in zwei Schritten zu.

Am 7. November 1994 beauftragte die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates ihre erweiterte Vertikale Sektion 3, eine erste Inspektion zu «Bahn 2000» durchzuführen und dem Rat in der Frühjahrsession 1995 über die Ergebnisse ihrer Abklärungen zu berichten. Die Inspektion hatte zum Ziel:

- abzuklären, wie der Bundesrat, das EVED und die Bundesverwaltung das Konzept «Bahn 2000» seit der Abstimmung vom 6. Dezember 1987 umgesetzt und die entsprechenden Arbeiten kontrolliert haben;

- die politische Verantwortung bei der Konzeptverwirklichung und allfällige institutionelle Mängel offenzulegen.

Die Kommission legte im Rat am 3. März 1995 in der Debatte über den Bericht des Bundesrates zur «Bahn 2000» ihre Schlussfolgerungen dar und reichte eine Motion ein (95.3201, «Schweizerische Bundesbahnen. Aufsicht durch Bundesrat und Verwaltung»).

Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates leitete im März 1995 die zweite Phase der Inspektion ein. Die Inspektion sollte:

- ermitteln, wie der Bundesrat, das EVED, die Bundesverwaltung und die SBB bei der Vorbereitung und Planung des Konzeptes «Bahn 2000» bis zu dessen Genehmigung in der Volksabstimmung vorgegangen sind (Periode 1983–1987);

- beurteilen, inwieweit bei der Vorbereitung und der Planung des Konzeptes Fehler oder Unterlassungen vorgekommen sind;

- die politische Verantwortung für die während der Ausarbeitung des Konzeptes «Bahn 2000» festgestellten Fehler oder Unterlassungen abklären.

Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates verabschiedete ihren Schlussbericht am 25. September 1995 und überwies ihn an den Ständerat.

2.17 Invalidenhilfe

Die Invalidenversicherung gewährt den Dachorganisationen der privaten Invalidenhilfe und den Ausbildungsstätten für Fachpersonal der beruflichen Eingliederung Beiträge für die Beratung und Betreuung Invalider und ihrer Angehörigen (Art. 74 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung). Im Jahre 1993 bezahlte die Versicherung an rund 700 Organisationen und Institutionen Beiträge von 131 Millionen Franken.

Die Parlamentarische Verwaltungskontrolstelle untersuchte in einer Evaluation das Zusammenwirken von Bundesverwaltung (Bundesamt für Sozialversicherung) und aussenstehenden Dritten (Organisationen und Institutionen der privaten Invalidenhilfe). Insbesondere prüfte sie, ob die Beiträge an die Organisationen der privaten Invalidenhilfe heute noch gerechtfertigt sind. Zu untersuchen waren ebenfalls die Effizienz und Zweckmässigkeit des Massnahmenvollzuges.

Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates verabschiedete ihren Schlussbericht am 9. November 1995 und überwies ihn an den Bundesrat zur Stellungnahme.

2.2 Hängige Inspektionen

2.21 Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (WEG)

Der Bund unterstützt seit einigen Jahren über das WEG die Erstellung von preisgünstigen Wohnungen sowie den individuellen Zugang zu privatem Wohneigentum.

Die Parlamentarische Verwaltungskontrolstelle prüfte in einer Evaluation, inwieweit die über das WEG eingesetzten Mittel zweckmässig eingesetzt werden und inwieweit damit eine substantielle, zielkonforme Wirkung erzielt wird. Sie unterbreitete ihren Schlussbericht im März 1996 der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates.

Diese wird in der ersten Jahreshälfte 1996 über das weitere Vorgehen entscheiden.

2.22 Ausserparlamentarische Kommissionen

Die Geschäftsprüfungskommissionen haben bereits 1980, 1984 und 1990 die Notwendigkeit, den Umfang und die Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen des Bundes geprüft.

Eine Arbeitsgruppe befasst sich, vor allem auch im Hinblick auf die Wiederbesetzung dieser ständigen Kommissionen, mit der Frage, ob und in welchem Mass den Richtlinien des Bundesrates vom 3. Juli 1974 für die Bestellung, Arbeitsweise und Kontrolle von ausserparlamentarischen Kommissionen Rechnung getragen worden ist. Sie verlangt insbesondere auch Auskunft darüber, wie sich die Aktivitäten dieser Kommissionen in die politische Tätigkeit des Bundesrates und der Departemente einordnen, wie sie koordiniert und kontrolliert werden.

Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates wird in der ersten Jahreshälfte 1996 zu divergierenden Beschlüssen der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates Stellung nehmen.

2.23 Nationalstrassenbau

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates geht in ihrer Inspektion der zentralen Frage nach, ob die Organisation und die Verfahren des Bundesamtes für Strassenbau geeignet sind, das vom Parlament festgelegte Nationalstrassennetz fristgerecht und im Sinn und Geist des gesamten geltenden Rechtes zu realisieren. Sie geht auch der Frage nach, warum die Durchschnittskosten der Schweizer Strassen das europäische Niveau überschreiten, und analysiert, ob der Kostenvoranschlag gesamthaft eingehalten wird. Die Arbeiten werden voraussichtlich Ende 1996 abgeschlossen.

2.24 Vollzug von Bundespolitiken durch die Kantone

Ziel dieser Inspektion ist es, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen beim Vollzug von Bundesaufgaben zu überprüfen. Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates hat die Parlamentarische Verwaltungskontrolstelle beauftragt, in einer ersten Phase die festgestellten Probleme systematisch aufzulisten und aufzuzeigen, was der Bund zu deren Lösung unternimmt. Der Abschluss dieser deskriptiven Evaluation im Juni 1995 hat ergeben, dass die Kantone sich zu wenig in den Prozess der Willensbildung auf Bundesebene einbezogen fühlen.

Da sie die Zustimmung der Kantone zur Bundespolitik für einen optimalen Vollzug als unerlässlich erachtet, hat die Geschäftsprüfungskommission beschlossen, diese Problematik anhand von Fallstudien zu vertiefen. Die Parlamentarische Verwaltungskontrolstelle soll deshalb in einer zweiten Phase aufzeigen, wie der Bund die Stellungnahme der Kantone im Vernehmlassungsverfahren berücksichtigt, und zudem Lösungsansätze zu den im ersten Bericht aufgeworfenen Problemen entwickeln. Der Bericht zu dieser Phase wird auf kommenden Herbst erwartet.

3. Inspektionen, die im Jahre 1995 eingeleitet wurden

3.1 Asylrekurskommission (ARK)

Die Geschäftsprüfungskommissionen prüfen im Rahmen ihrer Oberaufsicht, ob die im Jahre 1992 geschaffene ARK funktionsgerecht organisiert und zweckmässig geführt wird. Im Zusammenhang mit mehreren Aufsichtseingaben an das

Parlament beauftragte die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates Professor Dr. Walter Kälin (Seminar für öffentliches Recht der Universität Bern), diese Eingaben insbesondere unter dem Aspekt der Begründungsdichte der ARK und von Verfahrensmängeln zu prüfen. Das Gutachten von Prof. Kälin vom 6. November 1995 und eine Stellungnahme des Vorstehers des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes vom 30. Januar 1996 liegen vor.

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates wird sich in der zweiten Hälfte 1996 mit dieser Problematik befassen.

3.2 Subventionspraxis der Käseunion

Am 19. September 1995 beantragte die grüne Fraktion dem Büro des Nationalrates, «einen Bundesbeschluss über den Einsatz einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Abklärung der Subventionspraxis der Käseunion vorzubereiten und dem Parlament vorzulegen».

Das Büro teilte die Meinung der Antragstellerin, dass die gegen die Käseunion erhobenen Vorwürfe schwerwiegend seien und eine Klärung durch das Parlament notwendig sei, vertrat jedoch die Auffassung, dass die nötigen Abklärungen zuerst mit den üblichen Mitteln der parlamentarischen Oberaufsicht getroffen werden müssten. Es beauftragte daher die Finanz- und die Geschäftsprüfungskommissionen, die notwendigen Abklärungen zu treffen und bis zur Sommersession 1996 dem Rat Bericht zu erstatten.

Eine gemischte Arbeitsgruppe, welcher Mitglieder beider Kommissionen aus National- und Ständerat angehören, wird über ihre Arbeiten in der Sommersession 1996 in den Räten Bericht erstatten.

3.3 Cargo Domizil AG

Am 1. Januar 1995 übernahm die Gruppe Cargo Domizil AG (CDS AG) von den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) den Betrieb und die Vermarktung des Cargo-Domizil-Geschäftes. Diese Übernahme ging nicht problemlos vonstatten. Bei der Informatisierung sowie bei der Verwaltung der Regionalunternehmen stellten sich von Anfang an zahlreiche Probleme, die beträchtliche Mehrkosten mit sich brachten. Das Kostengefüge sprengte den Budgetrahmen, und die Regionalunternehmen mussten immer grössere Verluste verzeichnen, was bei den meisten unter ihnen zu Überschuldungen führte. Um eine Liquidation der CDS AG zu vermeiden, hat deren Verwaltungsrat eine Herabsetzung des Aktienkapitals und eine Wiederaufstockung des Kapitals unter Verrechnung der SBB-Forderungen beschlossen. Durch diese als provisorisch geltende Massnahme haben die SBB die Position eines Mehrheitsaktionärs eingenommen.

Angesichts dieser Lage beauftragte die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates am 21. November 1995 eine Arbeitsgruppe, zu untersuchen, wie die SBB die Abtretung ihres Cargo-Domizil-Geschäftes an die CDS AG vorbereitet hatten und welche Rolle sie heute in der Führung der CDS-Gruppe spielen. Da bei dieser Untersuchung, die im Laufe des Jahres 1996 durchgeführt wird, der finanzielle Aspekt eine wesentliche Rolle spielt, werden die Geschäftsprüfungskommissionen dafür sorgen, dass sie in enger Zusammenarbeit mit der Finanzkommission des Nationalrates und der Finanzdelegation erfolgt.

4. Delegation

Die Delegation hielt 10 Sitzungen ab, die den Bereichen Staatsschutz und Nachrichtendienst gewidmet waren. Sie hatte im Jahre 1995 keinen Auftrag der Kommissionen, verstärkte Kontrollen in einzelnen Verwaltungsbereichen vorzunehmen.

Die Delegation orientiert die Kommissionen in regelmässigen Abständen über ihre Tätigkeit, soweit sie nicht an die Geheimhaltungspflicht gebunden ist.

5. Nachkontrollen

Die Kommissionen prüfen nach Inspektionen und Dienststellenbesuchen, ob ihren Empfehlungen Rechnung getragen worden ist, allenfalls auch, ob sie die gewünschte Wirkung erzielt haben.

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Such- und Rettungsdienst; Lufttransportdienst des Bundes) wurde einer Nachkontrolle unterzogen.

6. Dienststellenbesuche der Sektionen

Die Besuche der Sektionen verfolgen das Ziel, das Gespräch mit der Verwaltung zu pflegen und Informationen zu sammeln, die bei der Geschäftsprüfung nicht erhältlich waren. Soll ein Dienststellenbesuch vertieft werden, braucht es einen Inspektionsbeschluss der Kommissionen im Rahmen der Jahresplanung.

Die zuständige Sektion der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates hat sich intensiv mit den Organisationsproblemen des Landesmuseums befasst.

Die zuständige Sektion der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates hat sich mit der Untergruppe Planung des Stabes der Gruppe für Generalstabsdienste über die Liegenschaftsverwaltung beim EMD orientieren lassen.

7. Referentenbesuche

Vor allem im Zusammenhang mit der Prüfung des Geschäftsberichtes besuchen einzelne Kommissionsmitglieder ein Amt ihrer Wahl und führen ein offenes Gespräch mit der Amtsleitung. Sie berichten in den Plenarsitzungen über diese Gespräche.

1995 haben 27 Referentenbesuche stattgefunden.

8. Aufsichtseingaben

8.1 Administratives und Behandlungsart

Beim Sekretariat der Geschäftsprüfungskommissionen gingen im Jahre 1995 insgesamt 53 Eingaben ein, wobei 19 an bereits angezeigte Hinweise anknüpften. Mit der Einführung der Schriftgutverwaltung «Adesso» im Sekretariat konnten sämtliche Bürgerinnen- und Bürgerbriefe im Bereich der Oberaufsicht systematisch erfasst werden. «Adesso» ermöglicht eine Beschlagwortung sowie eine einfache automatische Suche und trägt auch zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten (z. B. mit anderen Kommissionen, welche Briefe von Bürgerinnen und Bürgern erhalten) bei.

Eine vertiefte Auseinandersetzung auf Stufe Sektion fand im Zusammenhang mit zwei Eingaben gegen das Bundesamt für Flüchtlinge statt. In zahlreichen Gesprächen mit dem Departementsvorsteher und Vertretern des Bundesamtes befasste sich die zuständige Sektion mit dem «Instrument» der Botschaftsabklärungen in der Türkei. Die Frage nach der Wahrnehmung der Aufsichtsfunktion durch das Bundesamt für Zivilluftfahrt wurde im Anschluss an entsprechende Eingaben aufgeworfen. Die Problematik ist zurzeit noch Gegenstand von Diskussionen. 12 Hinweise auf mögliche Mängel im Asylrekursverfahren führten zu einem Rechtsgutachten und einer Inspektion der Asylrekurskommission. Die diesbezüglichen Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen (siehe oben). Ihre Ombudsstellenfunktion konnten die Geschäftsprüfungskommissionen in einem Rechtsstreit wahrnehmen, der auf dem Wege einer Einigungskonferenz beigelegt werden konnte.

Eingaben, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Geschäftsprüfungskommissionen fielen oder die offensichtlich unbegründet waren, wurden durch das Sekretariat direkt beantwortet. Die übrigen Eingaben wurden auf Sektionsebene behandelt. Hier entscheidet grundsätzlich der Sektionspräsident, ob er das Gesuch direkt beantworten oder durch die Sektion bzw. das Plenum überprüfen lassen will.

8.2 Inhalt der Eingaben im allgemeinen

Ein Schwergewicht ist bei den Eingaben im Asylbereich auszumachen (Vollzug des Asylgesetzes und Rechtsprechung der Asylrekurskommission). Einem Grossteil dieser Eingaben kann im Rahmen der Inspektion der Asylrekurskommission Rechnung getragen werden. Zudem wurden Probleme aufgeworfen, die bei den Beratungen des neuen Asylgesetzes zur Sprache kommen werden.

Von zahlreichen Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern wurde auch in diesem Berichtsjahr versucht, die letztinstanzlichen Entscheide des Bundesgerichtes einer eigentlichen Qualitätskontrolle durch das Parlament zu unterziehen. Im-

mer wieder musste betont werden, dass die Geschäftsprüfungskommissionen die Urteile nur auf die Verletzung wesentlicher Verfahrensgrundsätze überprüfen können, eine inhaltliche Kontrolle der Rechtsprechung aus Gewaltenteilungsgründen hingegen ausgeschlossen ist. Gefördert wurden die Eingaben in diesem Bereich nicht zuletzt durch die zunehmende Kritik der Öffentlichkeit an der Überlastung des Bundesgerichtes.

Verschiedene Aufsichtseingaben stellten eine Informationsquelle für die Kommissionstätigkeit dar, die wiederum als Ausgangspunkt für das politische Gespräch diente. Insofern leisteten die Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern einen Beitrag zur Wahrnehmung der Oberaufsichtsfunktion des Parlamentes. Dieses trifft grundsätzlich keine Einzelfallentscheidungen und kann somit den Anliegen der Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller im einzelnen nicht immer Rechnung tragen.

9. Übrige Geschäfte

9.1 Eidgenössische Versicherungskasse/Pensionskasse des Bundes

Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates hat im Berichtsjahr ihre Tätigkeiten in bezug auf die Eidgenössische Versicherungskasse (EVK) weitergeführt. Diese gehen auf das Jahr 1987 zurück, als die Kommission erstmals erhebliche Funktionsmängel in der EVK-Führung feststellte. Die Kommission musste im vergangenen Jahr einmal mehr feststellen, dass die Situation der Pensionskasse des Bundes (PKB) noch immer unbefriedigend ist. Nach ihrer Auffassung liegen die Probleme hauptsächlich bei der Personalstruktur, bei der Information der Versicherten sowie bei der Amtsführung im allgemeinen.

Was die Personalstruktur betrifft, stellte die Kommission fest, dass der Anteil der Hilfskräftestellen (rund 40 Prozent) im Verhältnis zum Etatpersonal noch immer hoch ist. Die Kommission ist sich im klaren, dass die Einstellung von Hilfskräften zur Bewältigung zeitweiliger Arbeitsüberlastungen durchaus sinnvoll sein kann. Allerdings dürften die Probleme der PKB den Rahmen dessen, was als zeitweilig bezeichnet werden kann, bei weitem überschreiten. Dazu kommt, dass die Ausbildung neuer Hilfskräfte jedesmal mit einem hohen Aufwand verbunden ist. In den Augen der Kommission ist in der gegenwärtigen Situation der PKB das Beiziehen von Hilfskräften ein Notbehelf, der dem betrieblichen Know-how und damit der Kontinuität des Betriebes schadet und zur Folge hat, dass das qualifizierteste Personal für Ausbildungsaufgaben aufgeboden werden muss.

Betreffend die Information der Versicherten bedauert die Kommission, dass die PKB diesem Bedürfnis nicht mehr Beachtung schenkt. Nach den Weisungen des Bundesrates vom 11. Mai 1988 über die Pflicht der registrierten Vorsorgeeinrichtungen zur Auskunftserteilung an ihre Versicherten (BBI 1988 II 641) müssen die Vorsorgeeinrichtungen ihren Versicherten am Ende des Geschäftsjahres Auskunft über die Höhe des versicherten Verdienstes sowie über die Höhe und die Berechnungsfaktoren des Arbeitnehmerbeitrages erteilen. Zurzeit ist die PKB nicht imstande, dieser Pflicht nachzukommen. Diese fehlende Transparenz und die fortdauernden Rückstände bei der Dossierbearbeitung sind für die Kasse besonders schädlich und haben eine Verunsicherung der Mitglieder zur Folge, was wiederum Mehrarbeit für die PKB mit sich bringt (Zunahme der Beschwerden).

Was die Amtsführung anbelangt, hat die Kommission gewisse Unklarheiten in der Geschäfts- und Fristenplanung festgestellt. Dies lässt sich zum Teil darauf zurückführen, dass die Direktionsstelle vom 1. November 1994 bis zum 31. Mai 1995 unbesetzt war.

1995 führte die zuständige Sektion bei der EVK zwei Inspektionsbesuche durch, um sich über den Stand der Dinge auf dem laufenden zu halten. Dabei führte sie Unterredungen mit dem Kader der EVK und dem Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes; ferner liess sie sich vom Direktor des Bundesamtes für Informatik über die Probleme orientieren, die bei der Informatisierung der Daten der aktiven Versicherten (System Supis) noch immer bestehen. Die Ge-

schäftsprüfungskommission erkundigte sich beim Bundespräsidenten, ob sich der Bundesrat als Verwaltungsaufsichtsbehörde der Probleme der PKB bewusst sei. Der Bundespräsident versicherte gegenüber der Kommission, dass der Bundesrat die Situation der PKB kenne, sich aber zurzeit nicht zu besonderen Aufsichtsmaßnahmen veranlasst sehe.

Überdies nahmen die Präsidenten der beiden Geschäftsprüfungskommissionen sowie der Präsident der zuständigen Sektion der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates an der Koordinationskonferenz teil, welche von der Finanzdelegation einberufen worden war, um Massnahmen zur Lösung der Probleme der PKB einzuleiten (vgl. Bericht vom 5. April 1995 der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte über ihre Tätigkeit im Jahre 1994/95 an die Finanzkommissionen des Nationalrates und des Ständerates).

Nachdem die Bundesversammlung am 4. Oktober 1995 die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission zur Abklärung von Organisations- und Führungsproblemen bei der PKB beschlossen hatte, stellten die Geschäftsprüfungskommissionen, gestützt auf Artikel 65 Absatz 1 des Geschäftsverkehrsgesetzes vom 23. März 1962, ihre Tätigkeit in bezug auf die PKB ein.

9.2 Parlamentarische Initiative: Erhöhung der Zahl der Bundesrichterinnen und -richter

Aufgrund der Klagen des Bundesgerichtes über seine wachsende Geschäftslast war die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates zur Überzeugung gelangt, dass die bisher ergriffenen Massnahmen zur Entlastung des Bundesgerichtes ausgeschöpft seien und Sofortmassnahmen zur Entlastung des obersten Gerichtes ergriffen werden sollten.

Die Kommission reichte daher eine parlamentarische Initiative ein (BBI 1994 III 1240) und verlangte:

- die Erhöhung der Anzahl der ordentlichen Richterinnen und Richter auf höchstens 36 Mitglieder;
- die verbindliche Schaffung einer III. Öffentlich-rechtlichen Kammer;
- die Halbierung der Zahl der nebenamtlichen Richter und Richterinnen von 30 auf 15.

Der Ständerat stimmte am 5. Oktober 1994 in der Gesamtabstimmung mit 22 zu 9 Stimmen dem entsprechenden Gesetzentwurf zu; der Nationalrat trat am 1. Februar 1995 mit 93 zu 48 Stimmen auf diese Vorlage nicht ein.

Angesichts dieser Entscheide prüft die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates zurzeit andere Entlastungsmöglichkeiten für das oberste Gericht, die vor der Totalrevision des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege in Kraft gesetzt werden könnten.

9.3 Leitbild

Die Geschäftsprüfungskommissionen haben nach einer Versuchsperiode von drei Jahren, in der sie ihre Rolle und Wirksamkeit prüften, im November 1995 ein definitives Leitbild verabschiedet.

Sie gehen davon aus, dass die parlamentarische Oberaufsicht einer Unité de doctrine bedarf und dass grundsätzliche Aussagen über Aufgaben und Strategien der Geschäftsführung, aber auch über Verfahrensfragen und gemeinsam getragene Ziele eine einheitliche Grundhaltung und konsequente Verfahren der Kommission erfordern.

Das Leitbild ist nach Auffassung der Kommissionen das richtige Instrument, um diese Einheitlichkeit zu schaffen und weiterzuentwickeln.

Mit dem Leitbild haben die Kommissionen ihre Strukturen geändert: Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates reduzierte die Anzahl ihrer Sektionen von je 4 auf je 3 vertikale und horizontale Sektionen und änderte ihre Bezeichnung.

9.4 Seminar

Am jährlichen Seminar, das am 12./13. Januar 1995 in Luzern stattfand, befassten sich die Kommissionen mit folgenden Themen:

- parlamentarische Verwaltungskontrolle im benachbarten Ausland (Deutschland, Frankreich, Niederlande);
- Bewirtschaftung von Personalressourcen im Bund in einer Periode grosserer Veränderungen;

– Schnittstellen zwischen den Geschäftsprüfungskommissionen und anderen parlamentarischen Kommissionen.

10. Berichte der Geschäftsprüfungskommissionen, die 1995 veröffentlicht wurden:

- Bericht der GPK-NR über die Aufsicht des Bundesrates, des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes und der Bundesverwaltung im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Konzeptes «Bahn 2000» (vom 20. Januar 1995);
- Bericht der GPK-SR auf der Grundlage einer Evaluation der Parlamentarischen Verwaltungskontrolstelle: Die ausserparlamentarische Gesetzgebung im Rahmen der beruflichen Vorsorge (vom 7. April 1995);
- Inspektionsbericht der GPK der eidgenössischen Räte zuhanden des Bundesrates: Rolle und Funktion der Generalsekretariate (vom 23. Mai 1995);
- 95.028 Bericht an die eidgenössischen Räte über die Tätigkeit der Geschäftsprüfungskommissionen im Jahre 1994 (vom 8. und 23. Mai 1995);
- 95.074 Bericht der GPK-SR über die Planung und Ausarbeitung des Konzeptes «Bahn 2000» (Periode 1983–1987) (vom 25. September 1995);
- Bericht der vertikalen Sektion 3 zuhanden der GPK-SR: Denkmalpflege (vom 6. November 1995);
- Bericht der GPK-SR: Evaluation der Beiträge an Organisationen der privaten Invalidenhilfe (Art. 74 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung) (vom 9. November 1995);
- Bericht der GPK-NR auf der Grundlage einer Evaluation der Parlamentarischen Verwaltungskontrolstelle: Informationsauftrag und Erhebungsmethode der Eidgenössischen Volkszählung (vom 21. November 1995);
- Bericht der GPK-NR über ihre Inspektion Osteuropahilfe (vom 21. November 1995);
- 95.029 Leitbild der Geschäftsprüfungskommissionen (vom 7. und 21. November 1995).

Seiler Bernhard (V, SH) présente au nom de la Commission de gestion (CdG) le rapport écrit suivant:

Les Commissions de gestion des Chambres fédérales assurent le contrôle du Gouvernement, de l'administration et des tribunaux fédéraux. Elles remplissent cette mission en se fondant sur les principes de la légalité et de l'opportunité de l'activité administrative, du rendement de l'administration et de l'efficacité de l'action de l'Etat (Lignes directrices pour les Commissions de gestion des 7 et 21 novembre 1995).

Les Commissions de gestion vous renseignent sur leur activité au cours de l'année 1995 et vous proposent de prendre acte de leur rapport.

Les Commissions de gestion ont tenu 113 séances en 1995: 42 d'entre elles ont été consacrées à la gestion et aux inspections. Les séances restantes se rapportaient au séminaire annuel des commissions, au séminaire CFF et PTT, qui regroupe également des membres des Commissions des finances, et aux visites des sections aux services. A cela s'ajoutent les réunions régulières du Groupe de coordination, des présidents de section de la Commission du Conseil national et de la Délégation des Commissions de gestion. Les séances plénières des commissions sont trimestrielles.

Le travail des Commissions de gestion est principalement exécuté par les sections, par la délégation et par des groupes de travail chargés d'une mission ponctuelle.

Ces organes accomplissent leur tâche de la manière suivante:

1. Rapport de gestion

Les commissions ont à maintes reprises prié le Conseil fédéral de leur soumettre une liste des objectifs annuels pour tous les départements, objectifs sur lesquels pourra se fonder la gestion.

En 1994/95, un groupe de travail commun aux deux commissions a élaboré en collaboration avec le chancelier de la Con-

fédération des propositions concrètes que le Conseil fédéral a en majorité approuvées en février 1996.

Dès 1996, le Conseil fédéral présentera les grandes lignes de sa politique durant l'année sous forme d'une planification annuelle. Elle sera partie intégrante du nouveau rapport de gestion et permettra au Parlement de mieux examiner dans quelle mesure le Conseil fédéral atteint ses objectifs et les raisons pour lesquelles il ne les atteint pas. La planification annuelle constitue entre autres une base visant à aider le président de la Confédération à procéder à l'analyse orale de la situation lors de la session d'hiver. Cette planification est généralement approuvée au mois de novembre pour l'année suivante.

La partie II du rapport de gestion (rapport des départements) contiendra à l'avenir une brève comparaison de la situation de fait et de la situation souhaitée, en fonction des objectifs annuels.

Les objectifs annuels n'ayant pas été encore fixés dans tous les départements, les Commissions de gestion ont adopté une solution transitoire consistant à renoncer, pour des raisons pratiques, en 1995 à cette partie du rapport.

2. Inspections

2.1 Inspections terminées

2.11 Surveillance téléphonique

Dans son rapport d'inspection du 9 novembre 1992 sur la surveillance téléphonique de la Confédération, la Commission de gestion du Conseil national conclut notamment que la haute surveillance du Parlement en matière d'écoute téléphonique doit être développée, en complément du contrôle judiciaire existant et d'une éventuelle surveillance interne à l'administration. Sa motion du 24 mai 1993 (93.3205, «Surveillance téléphonique») a été transmise par les Chambres (Conseil national: 16 juin 1993, BO 1993 N 1232; Conseil des Etats: 9 décembre 1993, BO 1993 E 973).

La motion ne faisait pas mention de la haute surveillance du Parlement, la commission ayant désiré attendre l'évolution des travaux de la législation en la matière.

Le groupe de travail «Surveillance téléphonique» cherche, en collaboration avec le groupe d'étude du DFJP, une solution qui réponde aux exigences de la motion déposée par la Commission de gestion. A ce jour, aucune solution n'a pu être apportée.

Se fondant sur les délibérations au sujet de la loi fédérale sur des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure (art. 12a du projet de loi concernant la collecte d'informations et notamment la surveillance téléphonique dans un but de prévention, version du Conseil des Etats) et sur la discussion ayant eu lieu à ce sujet, le groupe de coordination des Commissions de gestion a décidé, dans le cadre de son programme annuel de 1996, de dissoudre le groupe de travail.

2.12 Rôle et fonction des secrétariats généraux

Dans le cadre d'une inspection, les Commissions de gestion ont examiné le rôle et les fonctions des secrétariats généraux de tous les départements. Elles se sont penchées en particulier sur la question de l'adéquation de ces organes aux objectifs poursuivis par le législateur lors de la révision de la loi sur l'organisation de l'administration. Cette révision du 19 septembre 1978 avait pour but d'ouvrir la voie à une action efficace du Conseil fédéral et de renforcer le système de la collégialité.

Entre-temps, les commissions ont approuvé les 7 avril (CdG-CE) et 23 mai 1995 (CdG-CN) le rapport d'inspection, qui a ensuite été transmis au Conseil fédéral.

2.13 La législation extraparlamentaire en matière de prévoyance professionnelle

Les dispositions d'exécution de la loi fédérale du 25 juin 1983 sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP) sont fixées dans quinze ordonnances législatives et deux règlements, neuf ordonnances administratives réglant la jurisprudence administrative. Etant donné le nombre de ces actes non soumis au Parlement, la Commission de gestion du Conseil des Etats a cherché à savoir si le Conseil fédéral et l'administration ont poursuivi, dans l'exercice de leur mandat législatif, les objectifs politiques du Parlement dans le domaine de la prévoyance professionnelle.

L'Organe parlementaire de contrôle de l'administration a procédé à une évaluation des actes législatifs extraparlimentaires dans le cadre de la prévoyance professionnelle.

Dans son rapport d'inspection du 7 avril 1995, la Commission de gestion du Conseil des Etats a présenté ses conclusions.

2.14 Aide à l'Europe de l'Est

Depuis 1989, le Parlement a accordé des crédits-cadres d'un montant de 1,65 milliard de francs pour la coopération avec les pays de l'Europe de l'Est. Par ce soutien, il contribue à l'extension d'un soutien bilatéral technique et financier des pays de l'Est faisant l'objet d'une réforme.

La Commission de gestion du Conseil national contrôle la coopération avec les pays d'Europe de l'Est et l'adéquation de l'organisation administrative actuelle. Elle a notamment chargé l'Organe parlementaire de contrôle de l'administration d'évaluer dans quelles mesures le projet est applicable à l'Office fédéral des affaires économiques extérieures ainsi qu'au Bureau de la coopération avec l'Europe de l'Est et l'Europe centrale (aujourd'hui la Division pour la coopération avec l'Europe de l'Est et la CEI).

La Commission de gestion du Conseil national a approuvé le rapport final le 20 novembre 1995.

2.15 Recensement

La Commission de gestion du Conseil national a procédé à une inspection des objectifs du recensement. Etant donné les coûts élevés du dernier recensement (1990), la réserve croissante de la population et la possibilité de recourir à d'autres solutions, la commission entend étudier la question du recensement prévu par le Conseil fédéral en l'an 2000.

L'Organe parlementaire de contrôle de l'administration a été chargé de contrôler le mandat d'information et l'adéquation de la méthode de recherche appliquée et de procéder à une évaluation.

Le rapport final de la commission a été approuvé le 21 novembre 1995. Il a été transmis au Conseil fédéral.

2.16 «Rail 2000»

A la suite des débats que le Conseil des Etats a menés sur la première étape de «Rail 2000», la Commission de gestion du Conseil des Etats a, en date du 17 novembre 1994, décidé d'examiner la responsabilité des différents services et personnes et a institué un groupe de travail à cette fin. Pour garantir une meilleure coordination, la Commission du Conseil des Etats a voté en faveur d'un examen en deux étapes.

La Commission de gestion du Conseil national a chargé le 7 novembre 1994 sa Section verticale 3 élargie de procéder à une première inspection de «Rail 2000» et de présenter ses conclusions au Conseil lors de la session de printemps 1995. L'inspection visait à établir:

- la manière dont le Conseil fédéral, le DFTCE et l'administration fédérale ont réalisé le projet «Rail 2000» depuis la votation du 6 décembre 1987 et ont contrôlé les travaux;
- les responsabilités politiques de la réalisation du projet et les éventuelles lacunes et erreurs constatées.

La Commission de gestion a présenté ses conclusions au Conseil le 3 mars 1995, lors du débat sur le rapport du Conseil fédéral sur «Rail 2000», et elle a déposé une motion (95.3201, «Chemins de fer fédéraux. Contrôle du Conseil fédéral et de l'administration»).

En mars 1995, la Commission de gestion du Conseil des Etats a mené la deuxième phase de l'inspection, qui visait à examiner:

- la manière dont le Conseil fédéral, le DFTCE, l'administration fédérale et les CFF ont agi durant la période de préparation et de planification de «Rail 2000» qui s'étend jusqu'à l'acceptation du projet en votation populaire (1983–1987);
- les fautes ou les négligences qui auraient éventuellement été commises au cours de la préparation et de la planification du projet «Rail 2000»;
- la responsabilité politique pour les fautes ou les négligences survenues au cours de l'élaboration du projet «Rail 2000».

La Commission de gestion du Conseil des Etats a approuvé le rapport final le 25 septembre 1995 et l'a transmis au Conseil des Etats.

2.17 Aide aux invalides

L'assurance-maladie accorde aux organisations faitières de l'aide privée et aux établissements de formation du personnel spécialisé dans le domaine de la réadaptation professionnelle des contributions pour l'encadrement et l'assistance des invalides et de leurs proches (art. 74 de la loi fédérale sur l'assurance-invalidité). En 1993, l'assurance a versé 131 millions de francs à quelque 700 organisations et institutions.

L'Organe parlementaire de contrôle de l'administration a procédé à une évaluation de la collaboration de l'administration fédérale (Office fédéral des assurances sociales) avec des tiers (organisations et institutions actives dans le domaine de l'aide privée aux invalides). Il s'agit notamment de s'assurer que les contributions versées se justifient aujourd'hui encore et d'étudier l'efficacité et l'opportunité de l'exécution des mesures.

La Commission du Conseil des Etats a approuvé son rapport final le 9 novembre 1995 et l'a transmis au Conseil fédéral pour qu'il prenne position.

2.2 Inspections en cours

2.21 Loi encourageant la construction et l'accession à la propriété de logements (LCPA)

La Confédération encourage depuis quelques années, au moyen de la LCPA, la construction de logements bon marché et l'accès des particuliers à la propriété.

L'Organe parlementaire de contrôle de l'administration a effectué une évaluation afin de déterminer l'adéquation des moyens ainsi investis et de s'assurer que les effets obtenus sont suffisants et conformes aux objectifs fixés. En mars 1996, il a soumis son rapport final à la Commission de gestion du Conseil national.

La commission décidera de la marche à suivre à adopter dans la première partie de l'année 1996.

2.22 Commissions extraparlimentaires

Les Commissions de gestion ont déjà examiné la nécessité des commissions extraparlimentaires, leur importance et leur composition en 1980, 1984 et 1990.

Un groupe de travail examine en particulier dans l'optique du renouvellement des commissions permanentes, si les directives du Conseil fédéral du 3 juillet 1974 touchant l'institution et le mode de travail des commissions extraparlimentaires ainsi que la surveillance à exercer sur elles ont été respectées. Il demande notamment des informations sur la manière dont les travaux de ces commissions s'insèrent dans l'activité politique du Conseil fédéral et des départements, sur leur coordination et sur leur contrôle.

La Commission de gestion du Conseil des Etats se penchera, dans la première partie de l'année 1996, sur les divergences issues des décisions de la Commission de gestion du Conseil national.

2.23 Routes nationales

L'inspection entreprise par la Commission de gestion du Conseil national doit répondre à la question principale de savoir si l'organisation et les procédures mises en place par l'Office fédéral des routes sont pertinentes pour réaliser dans les délais le réseau des routes nationales défini par le Parlement, et ce tout en respectant l'esprit et la lettre de l'ensemble du droit en vigueur. Il s'agit également d'expliquer pourquoi les coûts moyens des routes suisses dépassent le niveau européen et d'analyser si les devis sont globalement respectés.

Les travaux devraient être achevés à la fin de 1996.

2.24 Application de la politique fédérale par les cantons

L'objectif de cette inspection consiste à contrôler la collaboration entre la Confédération et les cantons dans l'exécution des tâches fédérales. La Commission de gestion du Conseil des Etats a chargé l'Organe parlementaire de contrôle de l'administration de mettre en évidence dans un premier temps les problèmes constatés et d'en établir une liste systématique et d'évaluer les solutions que la Confédération entreprend. En juin 1995, les conclusions de cette évaluation ont montré que les cantons se sentaient trop peu consultés lors de décisions prises au niveau de la Confédération.

L'accord des cantons étant indispensable au niveau de la Confédération pour l'exécution de tâches fédérales, la Commission de gestion a décidé d'approfondir cette thématique en procédant à des études de cas. L'Organe parlementaire de contrôle de l'administration devra donc, dans une deuxième phase, examiner comment la Confédération pourra prendre en compte l'avis des cantons lors des procédures de consultation et apporter des solutions aux problèmes soulevés en première partie. Le rapport concernant la deuxième phase sera présenté en automne 1996.

3. Inspections commencées en 1995

3.1 Commission suisse de recours en matière d'asile

Les Commissions de gestion examinent dans le cadre de la haute surveillance si l'organisation de la Commission suisse de recours en matière d'asile, instituée en 1992, lui permet de remplir sa mission de manière optimale et d'atteindre les objectifs fixés.

La Commission de gestion du Conseil national a chargé, à la suite de plusieurs requêtes déposées auprès du Parlement, le professeur Walter Kälin (Seminar für öffentliches Recht der Universität Bern) d'examiner ces requêtes, notamment en ce qui concernait les motifs de la commission lors de rejets et les lacunes dans les procédures. L'expertise de M. Kälin, du 6 novembre 1995, et une prise de position du chef du Département fédéral de justice et police, du 30 janvier 1996, peuvent être consultées.

La Commission de gestion du Conseil national se penchera sur cette problématique dans la deuxième moitié de 1996.

3.2 Pratique en matière de subventions de l'Union suisse du commerce de fromage

Le 19 septembre 1995, le groupe des Verts a proposé au Bureau du Conseil national de «préparer un arrêté fédéral sur l'institution d'une commission d'enquête parlementaire afin de faire la lumière sur la pratique de l'Union suisse du commerce de fromage en matière de subventions et de le soumettre au Parlement».

Le Bureau partageait l'avis du groupe selon lequel les reproches effectués à l'encontre de l'Union suisse du commerce de fromage revêtaient un caractère de gravité et qu'une clarification de la situation de la part du Parlement s'imposait. Néanmoins, le Bureau pensait que cette clarification ne pouvait se faire que par la mise en oeuvre des moyens habituels de la haute surveillance parlementaire. A cet effet, il a mandaté la Commission des finances et les Commissions de gestion de procéder à l'examen de la situation et de soumettre son rapport au Bureau du Conseil national avant la fin de la session d'été 1996.

Un groupe de travail composé de membres du Conseil national et du Conseil des Etats élaborera un rapport qu'il communiquera aux Chambres à la session d'été.

3.3 Cargo Domicile SA (CDS SA)

Le 1er janvier 1995, le groupe Cargo Domicile SA (CDS SA) a repris des Chemins de fer fédéraux (CFF) l'exploitation et la commercialisation du produit Cargo Domicile. Cette reprise n'est pas allée sans certaines difficultés. L'introduction de l'informatique ainsi que la gestion des sociétés régionales ont présenté d'emblée de nombreux problèmes qui ont provoqué à leur tour des frais supplémentaires considérables. La structure des coûts s'en est trouvée déséquilibrée par rapport aux prévisions et les sociétés régionales ont enregistré des pertes de plus en plus grandes. Cette situation a conduit la plupart des sociétés régionales à présenter une situation de surendettement. Pour éviter une liquidation du groupe, le conseil d'administration du groupe a décidé de réduire le capital-actions de CDS et de recapitaliser par compensation de créances des CFF. Cette mesure, jugée provisoire, a pour effet de placer les CFF en position d'actionnaires majoritaires de CDS SA.

Face à cette situation, la Commission de gestion du Conseil national a chargé le 21 novembre 1995 un groupe de travail d'examiner la façon avec laquelle les CFF avaient préparé la cession des activités de Cargo Domicile au groupe CDS SA et quel rôle exact ils jouent actuellement dans la gestion du groupe. Les travaux se dérouleront au cours de l'année

1996. Etant donné que les travaux comportent une composante financière importante, les Commissions de gestion veilleront à ce que ses travaux soient conduits en étroite collaboration avec la Commission des finances du Conseil national et avec la Délégation des finances.

4. Délégation

La délégation a tenu dix séances consacrées à la sécurité de l'Etat et aux services de renseignements.

En 1995, les commissions ne l'ont pas chargée d'effectuer des contrôles renforcés.

La délégation informe régulièrement les commissions sur son activité dans la mesure où elle n'est pas liée par le secret.

5. Suivis

Les commissions contrôlent les inspections et les visites des sections aux services, s'assurent que leurs recommandations ont été suivies et que, le cas échéant, elles ont généré les effets souhaités.

Un suivi a été effectué auprès de l'Office fédéral de l'aviation civile (service de recherches et de sauvetage; service de transport aérien de la Confédération).

6. Visites des sections aux services

Les visites effectuées par les sections ont pour but de maintenir le dialogue avec l'administration et de rassembler des informations qui n'avaient pu être obtenues lors des contrôles antérieurs. Pour approfondir une visite, les commissions doivent inscrire une inspection au programme de travail.

La section compétente de la Commission de gestion du Conseil national s'est intéressée de près aux problèmes d'organisation du Musée national.

La section compétente de la Commission de gestion du Conseil des Etats a reçu, de la part du Groupe planification de l'état-major du Groupement de l'Etat-major général, des informations sur la gestion des biens immobiliers au DMF.

7. Visites

Des membres de la commission se rendent individuellement dans un office de leur choix et discutent librement avec la direction de l'office. Ces visites servent principalement au contrôle du rapport de gestion. Les membres de la commission rendent ensuite compte de leurs discussions au cours des réunions plénières.

27 visites ont été effectuées en 1995.

8. Requêtes

8.1 Traitement des requêtes

En 1995, 53 requêtes ont été déposées au secrétariat des Commissions de gestion, mais 19 d'entre elles reprennent des sujets déjà abordés par des requêtes précédentes. Le secrétariat dispose désormais du système informatique d'enregistrement des textes «Adesso» grâce auquel les lettres des citoyens relatives à la haute surveillance peuvent être saisies de façon systématique. Ce système permet une recherche par mots clés et une recherche automatique extrêmement simple. Il contribue également à éviter le travail inutile (lorsque par exemple ce travail a déjà été effectué par une autre commission qui a reçu des lettres de citoyens sur le même sujet).

Deux requêtes portant sur l'Office fédéral des réfugiés ont donné lieu à d'intenses débats au niveau des sections. Au cours de nombreuses discussions avec le chef du département et des représentants de l'office, la section compétente s'est penchée sur la question de l'utilisation des renseignements fournis par l'ambassade de Suisse en Turquie. Certaines requêtes ont permis de soulever le problème de l'exercice par l'Office fédéral de l'aviation civile de la fonction de contrôle qui est la sienne. Les discussions se poursuivent à l'heure actuelle. Suite à douze requêtes faisant état d'éventuelles imperfections dans la procédure de recours en matière d'asile, un avis juridique a été demandé, et la Commission suisse de recours en matière d'asile a fait l'objet d'une inspection. Les travaux relatifs à cette affaire ne sont pas en-

core terminés (voir ci-dessus). Les Commissions de gestion ont pu défendre leur rôle de médiateur à l'occasion d'un différend juridique qui a pu être réglé par le biais d'une conférence de conciliation.

Le secrétariat a répondu directement aux requêtes qui ne relèvent pas de la compétence des Commissions de gestion ou qui sont manifestement infondées. Les autres requêtes ont été traitées au niveau des sections. Dans ce cas, c'est en règle générale le président de la section qui décide s'il répond directement à la requête, ou s'il veut la soumettre à la section, voire à la commission plénière.

8.2 Contenu des requêtes

De nombreuses requêtes ont porté sur l'asile (application de la loi sur l'asile, «jurisprudence» de la Commission de recours en matière d'asile). Il pourra être tenu compte d'une grande partie de ces requêtes dans le cadre de l'inspection de la Commission de recours en matière d'asile. Par ailleurs, les requêtes ont soulevé certains problèmes dont il sera débattu au cours des délibérations relatives à la nouvelle loi sur l'asile.

Durant l'exercice, de nombreux requérants ont essayé de soumettre les arrêts rendus par le Tribunal fédéral à un contrôle du Parlement. Il a fallu rappeler à plusieurs reprises que, en raison du principe de la séparation des pouvoirs, les Commissions de gestion ne sont habilitées à apprécier ces arrêts que sous l'angle de leur conformité constitutionnelle, mais en aucun cas du point de vue matériel. La recrudescence des requêtes dans ce domaine est due notamment à la multiplication des critiques que suscite la surcharge du Tribunal fédéral.

Certaines requêtes ayant constitué une source d'informations qui ont nourri l'activité des commissions, activité qui elle-même alimenté le débat politique, il apparaît que le citoyen a contribué directement à l'exercice actif par le Parlement de sa fonction de haute surveillance, même si ce dernier, qui, a priori, ne prend pas de décisions cas par cas, ne peut toujours tenir compte des préoccupations spécifiques du particulier.

9. Autres activités

9.1 Caisse fédérale d'assurance/Caisse fédérale de pensions

Durant l'année passée en revue, la Commission de gestion du Conseil des Etats a poursuivi ses travaux relatifs à la Caisse fédérale d'assurance (CFA). Ces travaux ont débuté en 1987, date à laquelle la commission a constaté pour le première fois des dysfonctionnements importants dans la gestion de la caisse. Une fois de plus cette année, la commission a dû constater la situation insatisfaisante de la Caisse fédérale de pensions (CFP). Pour la commission, les problèmes se situent essentiellement dans la structure du personnel, dans l'information des assurés ainsi que dans la conduite de l'office en général.

Pour ce qui concerne la structure du personnel, la commission a pu constater la part encore importante qu'occupe le personnel auxiliaire (environ 40 pour cent) par rapport au personnel permanent. Certes la commission comprend qu'il peut être judicieux d'engager du personnel auxiliaire lorsqu'il s'agit de faire face à une surcharge temporaire de travail. Pour ce qui est de la CFP, il apparaît néanmoins que les problèmes qui se posent dépassent largement le cadre d'une situation temporaire. A cela s'ajoute, à chaque entrée en service d'auxiliaires, un effort de formation important. Dans la situation actuelle, la commission est d'avis que le recours à des auxiliaires n'est qu'un pis-aller. Il nuit à la mise en place d'un savoir d'entreprises, garant de continuité, et mobilise les meilleurs des employés comme formateurs.

S'agissant de l'information des assurés, la commission déplore que la CFP n'accorde pas davantage d'intérêt aux besoins d'informations des assurés. Selon les directives du Conseil fédéral du 11 mai 1988 sur l'obligation pour les institutions de prévoyance enregistrées de renseigner leurs assurés (FF 1988 II 629), l'institution de prévoyance doit, à la fin de l'exercice annuel, renseigner sur le montant du salaire assuré et le montant, et les bases de calcul de la cotisation de

salarié. Pour l'heure, la CFP n'est pas à même de satisfaire à cette obligation. Ce manque de transparence allié à un retard persistant dans le traitement des affaires est particulièrement dommageable et a pour effet de désécuriser les assurés, ce qui produit en retour un surcroît de travail pour la caisse (augmentation du nombre des réclamations).

Pour ce qui est de la conduite de l'office, la commission a dû constater un certain flou quant à la planification des activités et à leurs délais de réalisation. Cela tient, pour une part, à ce que la direction est restée vacante du 1er novembre 1994 au 31 mai 1995.

Au cours de l'année 1995, la section responsable du dossier s'est rendue à deux reprises à la CFA pour se tenir informée des récents développements et s'entretenir avec les cadres de la caisse et avec le chef du Département fédéral des finances. Elle s'est également informée auprès du directeur de l'Office fédéral de l'informatique des problèmes existant encore quant à l'informatisation des données des assurés actifs (système Supis). De son côté, la Commission de gestion s'est entretenue avec le président de la Confédération afin de savoir si le Conseil fédéral, en tant qu'autorité de surveillance de l'administration, était conscient des problèmes existant à la CFP. Le président de la Confédération a assuré à la commission que le Conseil fédéral était tenu informé de la situation de la CFP, mais qu'il ne voyait pas de motifs de prendre pour l'heure des mesures particulières de surveillance.

Parallèlement à ces activités, les présidents des deux Commissions de gestion ainsi que le président chargé de la section compétente de la Commission de gestion du Conseil des Etats ont participé aux travaux de la Conférence de coordination destinée à traiter les problèmes de la CFP. Cette conférence, placée sous l'égide de la Délégation des finances des Chambres fédérales, s'est donné pour tâche de mettre en oeuvre les mesures nécessaires en vue de trouver des solutions aux problèmes de la CFP (cf. rapport du 5 avril 1995 de la Délégation des finances des Chambres fédérales aux Commissions des finances du Conseil national et du Conseil des Etats sur son activité en 1994/95).

A la suite de la décision du 4 octobre 1995 de l'Assemblée fédérale d'instituer une commission d'enquête parlementaire chargée d'examiner les problèmes relatifs à l'organisation et à la conduite de la CFP, les Commissions de gestion ont décidé de cesser leurs activités en relation avec la CFP, et ce en application de l'article 65 alinéa 1er de la loi fédérale du 23 mars 1962 sur les rapports entre les Conseils.

9.2 Initiative parlementaire. Augmentation du nombre des juges fédéraux

Le Tribunal fédéral se plaignant de ne pas pouvoir maîtriser une charge croissante de travail, la Commission de gestion du Conseil des Etats avait conclu que les mesures prises à ce jour pour le décharger ne suffisaient plus et que des mesures d'urgence s'imposaient.

Aussi la commission avait déposé une initiative parlementaire (FF 1994 III 1221) par laquelle elle demandait:

- une augmentation du nombre des juges fédéraux ordinaires à 36 au maximum;
- la création obligatoire d'une troisième cour de droit public;
- la diminution de l'effectif des juges suppléants de 30 à 15.

Le 5 octobre 1994, le Conseil des Etats a accepté le projet de loi en question par 22 voix contre 9. Le 1er février 1995, le Conseil national a refusé, par 93 voix contre 48, d'entrer en matière sur ce projet de loi.

Eu égard à ces décisions, la Commission de gestion du Conseil des Etats étudie en ce moment d'autres solutions pour décharger le Tribunal fédéral, solutions qui pourraient déjà être appliquées avant la révision complète de la loi fédérale d'organisation judiciaire.

9.3 Lignes directrices

Après une période d'essai de trois ans, au cours de laquelle elles ont contrôlé leur rôle et leur efficacité, les Commissions de gestion ont adopté en novembre 1995 des lignes directrices définitives.

Les commissions estiment que l'exercice de la haute surveillance par le Parlement passe par une «unité de doctrine», et que les déclarations de fond sur les missions et les straté-

gies de gestion, mais aussi sur les questions de procédure ou sur des objectifs communs, doivent s'appuyer sur des positions et des procédures cohérentes de la part de la commission.

Les lignes directrices, aux yeux des commissions, constituent l'outil idéal pour assurer et affermir cette cohérence. Parallèlement à l'introduction des nouvelles lignes directrices, les commissions ont modifié leurs structures internes: ainsi, la Commission de gestion du Conseil national, qui comptait quatre sections verticales et quatre sections horizontales, n'en a plus que trois et trois respectivement. La désignation des sections a en outre été modifiée.

9.4 Séminaire

Les Commissions ont consacré aux sujets suivants leur séminaire annuel, qui a eu lieu cette année les 12 et 13 janvier 1995 à Lucerne:

- le contrôle parlementaire de l'administration dans les pays proches de la Suisse (Allemagne, France, Pays-Bas);
- la gestion des ressources humaines au sein de la Confédération en période de mutation;
- l'articulation des activités des Commissions de gestion avec celles d'autres commissions parlementaires.

10. Rapports des commissions de gestion publiés en 1995

- Rapport de la CdG-CN concernant la surveillance exercée par le Conseil fédéral, le Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie et l'administration fédérale en relation avec la réalisation du projet «Rail 2000» (du 20 janvier 1995);
- Rapport de la CdG-CE établi sur la base d'une évaluation de l'Organe parlementaire de contrôle de l'administration: La législation extraparlamentaire en matière de prévoyance professionnelle (du 7 avril 1995);
- Rapport d'inspection des CdG des Chambres fédérales à l'intention du Conseil fédéral: Inspection relative au rôle et à la fonction des secrétariats généraux des départements (du 23 mai 1995);
- 95.028 Rapport adressé aux Chambres fédérales concernant l'activité des Commissions de gestion en 1994 (des 8 et 23 mai 1995);
- 95.074 Rapport de la CdG-CE concernant la planification et l'élaboration du projet «Rail 2000» (période 1983–1987) (du 25 septembre 1995);
- Rapport de la Section verticale 3 à l'attention de la Commission de gestion du Conseil des Etats concernant: La conservation des monuments historiques (du 6 novembre 1995);
- Rapport de la CdG-CE: Evaluation concernant l'allocation d'aides financières aux associations d'aide aux invalides (art. 74 de la loi fédérale sur l'assurance-invalidité) (du 9 novembre 1995);
- Rapport de la CdG-CN sur la base d'une évaluation de l'Organe parlementaire de contrôle de l'administration: Mandat d'information et méthode d'enquête du recensement fédéral de la population (du 21 novembre 1995);
- Rapport de la CdG-CN sur son inspection Aide à l'Europe de l'Est (du 21 novembre 1995);
- 95.029 Lignes directrices des CdG (des 7 et 21 novembre 1995).

Antrag der Kommission

Kenntnisnahme vom Bericht

Proposition de la commission

Prendre acte du rapport

Seiler Bernhard (V, SH), Berichterstatter: Ich möchte einige Bemerkungen zum Bericht anfügen. Ich habe bereits im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht, als der Bundespräsident da war, auf die starke Belastung der GPK hingewiesen, vor allem auf die starke Belastung der ihr zugeordneten Kommissionen, auf die vermehrte Einsetzung von Arbeitsgruppen, im besonderen auf den zusätzlichen und häufigen Einsatz von Experten und Spezialisten. Ich habe versucht zu zeigen, dass ein modernes Staatswesen – ein solches streben wir eigentlich an – ein entsprechend angepasstes, effizientes Kontrollsystem braucht.

Im Jahre 1995 haben die Geschäftsprüfungskommissionen 113 Sitzungen abgehalten. Davon galten je 42 der Geschäftsprüfung und der Inspektionstätigkeit.

Eine der zentralen Aufgaben der Geschäftsprüfungskommission ist ja die Prüfung des Geschäftes des Bundesrates. Letztmals ist dies im Jahre 1995 anhand des sehr umfangreichen Teiles II des Geschäftsberichtes gemacht worden. Zukünftig wird dieser Teil II in knapper Form einen Soll-Ist-Vergleich der Departemente enthalten. Im Sinne einer Übergangslösung und aus praktischen Gründen, weil z. B. die Jahresziele in den Departementen noch nicht definitiv definiert waren, verzichtete die GPK 1995 auf diesen Teil.

Ich möchte noch ganz kurz auf drei Geschäfte hinweisen:

1. Die eidgenössische Volkszählung: Angesichts des Aufwandes und der Kosten, die die Volkszählung 1990 verursacht hat – die Gemeinden und die Kantone haben zusammen 42 Millionen Franken bezahlen müssen, der Bund hat 98 Millionen Franken bezahlt –, und angesichts der Kritik, der sinkenden Akzeptanz beim Volk und auf Druck verschiedener parlamentarischer Vorstösse hin hat die GPK des Nationalrates eine Inspektion angeordnet. Als Grundlage verwendete diese Sektion eine von der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle (PVK) erarbeitete Evaluation. Der Bundesrat erklärte sich dann bereit, für die nächste Volkszählung (im Jahre 2000) und spätere Revisionsarbeiten u. a. auch eine Verfassungsänderung einzuleiten. Wir werden spätestens im Jahre 1997 im Parlament die Möglichkeit erhalten, zur längerfristigen Ausrichtung der Volkszählung Stellung zu nehmen.

2. Zu den ausserparlamentarischen Kommissionen: Diese werden von den Geschäftsprüfungskommissionen von Zeit zu Zeit unter die Lupe genommen. Das ist einmal mehr passiert. Es gibt immerhin ungefähr 250 ausserparlamentarische Kommissionen. Die Arbeitsgruppe befasste sich – vor allem im Hinblick auf die Wiederbesetzung dieser ständigen Kommissionen, die auf den 1. Januar 1997 stattfinden wird – mit der Frage, ob und in welchem Masse den Richtlinien des Bundesrates vom 3. Juli 1974 für die Bestellung, Arbeitsweise und Kontrolle von ausserparlamentarischen Kommissionen Rechnung getragen wurde.

Im besonderen wollte die Arbeitsgruppe auch Auskunft darüber bekommen, wie sich die Aktivitäten dieser Kommissionen in die politische Tätigkeit des Bundesrates und der Departemente einordnen, wie sie koordiniert und wie sie kontrolliert werden. Diese Spezialfragen sind von der PVK untersucht und die Ergebnisse in einem ausführlichen Bericht der Arbeitsgruppe vorgelegt worden. Der Bundesrat hat darauf rasch reagiert und eine neue Verordnung erlassen. Das heisst, die Verordnung 1977 wird ersetzt durch eine Verordnung, die am 1. Juli 1996 in Kraft gesetzt wird. Diese neue Verordnung umfasst folgende Änderungen:

– Um die Effizienz der Kommissionen zu steigern, werden nur noch maximal 20 statt bisher 25 Personen in einer Kommission Einsitz nehmen.

– Die Amtszeit wird grundsätzlich von 16 auf 12 Jahre verkürzt.

– Die Taggeldentschädigungen werden neu festgesetzt, wobei diese 1000 Franken pro Tag nicht übersteigen dürfen.

– Die Verordnung schreibt für jede Kommission eine Quote von mindestens 30 Prozent für Männer und Frauen vor.

Die neue Verordnung – wie schon die bisher gültige – bestimmt, dass Mitglieder der Bundesversammlung nicht wählbar sind, Ausnahmen von dieser Regel müssen begründet werden. Die beiden Geschäftsprüfungskommissionen wollten diese Ausnahmeregelung streichen. Der Bundesrat war aber anderer Meinung.

3. Zur Verständigungskommission: 1994 beschlossen die Räte, gleichlautende Motionen an den Bundesrat zu überweisen mit dem Auftrag, der sprachlichen und der religiösen Verständigung mehr Bedeutung und Beachtung zu schenken. Ein bundesrätlicher Bericht, der dazu gefordert wurde, liegt jetzt vor. Die damals für dieses Geschäft bestellte Verständigungskommission ist aber inzwischen wieder aufgelöst worden. In der nationalrätlichen GPK war man der Meinung, diese sollte wieder ins Leben gerufen und neu formiert wer-

den. Die ständerätliche Geschäftsprüfungskommission folgte der nationalrätlichen, aber in den Büros konnte man sich dafür nicht erwärmen, und sie lehnten die Bildung einer neuen Verständigungskommission ab.

Persönlich kann ich mich mit diesem Entscheid abfinden. Die im bundesrätlichen Bericht enthaltenen Fragen und Probleme sollen dafür alternierend in der nationalrätlichen und in der ständerätlichen Kommission, d. h. in den bestehenden Geschäftsprüfungskommissionen, bearbeitet werden. Zum Thema Geschäftsprüfungsdelegation wird Herr Daniöth etwas sagen.

Ich beantrage Ihnen, vom Bericht der Geschäftsprüfungskommission über die Tätigkeit im Jahre 1995 Kenntnis zu nehmen.

Angenommen – Adopté

96.025

Geschäftsprüfungsdelegation. Bericht über ihre Tätigkeit während der 44. Legislaturperiode

Délégation des Commissions de gestion. Rapport sur les activités pendant la 44e législature

Beschluss des Nationalrates vom 13. Juni 1996
Décision du Conseil national du 13 juin 1996

Daniöth Hans (C, UR) unterbreitet im Namen der Geschäftsprüfungskommission (GPDel) den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Als Folge der PUK EJPD, die angeregt hatte, die parlamentarische Kontrolle gezielt zu verstärken, schafft das Parlament auf Antrag der Geschäftsprüfungskommissionen die gesetzliche Grundlage für eine ständige Delegation der Geschäftsprüfungskommissionen.

Artikel 47quinquies des Geschäftsverkehrsgesetzes tritt am 1. Februar 1992 in Kraft. Danach hat die Geschäftsprüfungskommission den Auftrag, die Tätigkeit im Bereich des Staatsschutzes und der Nachrichtendienste regelmässig näher zu prüfen.

Ausserdem können zwei Drittel der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommissionen die Delegation mit der Prüfung konkreter Fragen beauftragen, wenn ihre Rechte zur Wahrnehmung der Oberaufsicht in einem anderen Bereich der Bundesverwaltung nicht genügen.

Die Delegation konstituiert sich im März 1992. Ihr gehören die Herren Ständeräte Robert Bühler, Hans Daniöth und Bernhard Seiler sowie die Herren Nationalräte Werner Carobbio, Hans Meier und Karl Tschuppert (Präsident) an. Letztgenannter übergibt nach zwei Jahren das Präsidium an Ständerat Hans Daniöth.

2. Die Delegation tagt einmal pro Quartal (1- bis 2tägige Sitzungen). Zweimal jährlich hält sie eine Aussprache mit dem Vorsteher des EJPD und mit dem Vorsteher des EMD. Sie orientieren die Delegation über den Stand der inneren und äusseren Sicherheit.

3. Seit 1992 behandelte die Delegation schwergewichtig folgende Geschäfte:

3.1 Im Jahre 1993:

3.11 Interpretation der Staatsschutzweisungen:

Bis zum Inkrafttreten des Staatsschutzgesetzes regeln die Weisungen über die Durchführung des Staatsschutzes vom 9. September 1992 die Zuständigkeiten und das Vorgehen der Bundespolizei im Bereich des Staatsschutzes.

Die Delegation führt mehrere Gespräche mit den betroffenen Dienststellen, vor allem über die grundsätzlichen Aspekte dieser Weisungen. Insbesondere setzt sie sich mit Schranken des Staatsschutzes auseinander.

Sie informiert die Kommissionen regelmässig über diese Arbeiten.

3.12 Schweizer Pässe für Ausländer:

Die Antwort des Bundesrates auf die Interpellation von Nationalrätin Fankhauser vom 4. Oktober 1991 betreffend «Schweizer Pässe für Ausländer» führt zu einem Auftrag der Geschäftsprüfungskommissionen an die Delegation, zu prüfen, ob im Zusammenhang mit dem «Fall Barschel» seitens von Amtsstellen des Bundes Schweizer Pässe in ungerechtfertigter Weise abgegeben worden seien. Insbesondere sollte die Delegation auch die Frage des Geheimhaltungsinteresses prüfen.

Die Delegation findet zum Zeitpunkt der Untersuchung keine Anhaltspunkte, die darauf hinweisen, dass Bundesbehörden in ungerechtfertigter Weise gehandelt hätten.

Über diese Arbeit informiert die Delegation in einem Bericht vom 29. März 1993 an die Kommissionen.

3.13 Pilotenaustausch mit Südafrika:

Aufgrund von Medienberichten über den Militärpilotenaustausch der Schweiz mit Südafrika beschliesst die Delegation, die Kontrolle der inneren Staatsschutzfähigkeit nach dem Prinzip der Effizienz und der Verhältnismässigkeit wahrzunehmen.

Die Delegation kommt zum Ergebnis, dass der Pilotenaustausch mit Südafrika 1983–1988 einem militärischen Bedürfnis entsprochen und die Schweiz damit weder Neutralitätsrecht noch andere völkerrechtliche Verpflichtungen verletzt hat. Die Aktion habe aber den Vorrang der Politik vor dem Militär missachtet. Um ähnliche Vorfälle zu verhindern, müsse das EMD die Führung und die Kontrolle politisch heikler Aktionen besser gewährleisten.

Die Delegation unterbreitet beiden Kommissionen einen Bericht. Die Öffentlichkeit wird an einer Pressekonferenz orientiert.

3.14 Isis-Verordnung:

Die Verordnung vom 31. August 1992 über das provisorische (Informatisierte) Staatsschutz-Informationssystem (Isis-Verordnung) tritt am 1. Oktober 1992 in Kraft. Die ausserordentlich komplexe und detaillierte Regelung bezeugt das Bemühen, die Informationsbearbeitung durch die Bundespolizei im Bereich des Staatsschutzes transparent zu gestalten und vom Vorwurf der willkürlichen Handhabung zu befreien.

Die Isis-Verordnung ist befristet bis längstens 31. Dezember 1996. In der Zwischenzeit sollen mit dem Bundesgesetz über die Wahrung der inneren Sicherheit die definitiven Rechtsgrundlagen für die präventive Polizei und ihr Verhältnis zur Strafverfolgung geschaffen werden.

Auf Antrag der Delegation genehmigen die Geschäftsprüfungskommissionen am 6. bzw. am 14. Oktober 1993 einen Bericht an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement. In diesem Bericht nehmen die Kommissionen zur Frage der Aufbewahrungsdauer – sie kritisieren die langen Aufbewahrungsfristen – und zum Fehlen von automatischen Löschmodulen Stellung.

Die Delegation verfolgt die Entwicklung im Zusammenhang mit der Anwendung des provisorischen informatisierten Staatsschutz-Informationssystems. Sie orientiert die Kommissionen laufend über ihre diesbezügliche Tätigkeit.

3.2 Im Jahre 1994:

3.21 Isis-System und Datenschutz:

Zu diesem Thema führt die Delegation eine Aussprache mit Vertretern des Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten. Sie befasst sich insbesondere mit der Frage, ob die organisatorischen und rechtlichen Schranken mit Hilfe der Informatik unterlaufen werden können. Sie behält sich den Beizug eines externen Informatikexperten vor.

3.22 Verwaltungsinterne Kontrolle des Staatsschutzes:

Die Delegation nimmt vom ersten Bericht über die verwaltungsinterne Überprüfung des Staatsschutzes durch das EJPD Kenntnis. Sie prüft, ob dem EMD eine entsprechende Kontrolle empfohlen werden soll.

GPK-NR/SR. Tätigkeit 1995. Bericht

CdG-CN/CE. Activités 1995. Rapport

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1996
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	96.027
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.06.1996 - 08:20
Date	
Data	
Seite	488-497
Page	
Pagina	
Ref. No	20 040 622

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.